



Dr. Dietmar Bartsch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Dietmar Bartsch, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn Roland Paduch

via Mail:
roland.paduch@machen-statt-reden.de

Berlin, 29. Dezember 2020

Dr. Dietmar Bartsch, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-72490
Fax: 030 227-76490
dietmar.bartsch@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Paduch,

vielen Dank dafür, dass Sie meine Fraktion auf Ihre Petition aufmerksam gemacht haben. Vor dem Hintergrund der begonnenen Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts spricht sie eine wichtige Frage an.

Selbstverständlich sind nach unserer Auffassung Missbrauch und Gewalt in Betreuungsverhältnissen öffentlich aufzuarbeiten und zu ahnden. Inwiefern gesonderte Kommissionen dafür ein geeignetes Instrument sind, sollte diskutiert werden. Als alleinige Einrichtung reichen sie nicht aus. Vielmehr wäre jedoch zu diskutieren, wie Gewalt und Missbrauch in der Betreuung zu vermeiden sind. Und damit sind weitreichende Fragen berührt.

Die Möglichkeiten der unterstützten Entscheidungsfindung müssen nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich, also praktisch nutzbar sein. Das erfordert nicht nur genügend Zeit für die Betreuerinnen und Betreuer in jedem einzelnen Fall. Sie brauchen auch eine gute Ausbildung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Betreuer*innen müssen adressatengerecht kommunizieren können.

DIE LINKE fordert schon seit Jahren eine Professionalisierung der Betreuertätigkeit hin zu persönlicher Assistenz und Begleitung an Stelle von Vertretung und Bevormundung. Weitere Pilotprojekte und eine öffentliche Diskussion und Verbreitung guter Erfahrungen sind nach wie vor notwendig.

Zusätzlich brauchen rechtlich betreute Personen unabhängige Beratungs-, Beschwerde- und Anlaufstellen mit kurzfristigen und niedrigschwelligen Beschwerdemöglichkeiten.



Nicht zuletzt sind die rechtlich betreuten Menschen an der Kontrolle der rechtlichen Betreuung zu beteiligen.

Über das Betreuungsrecht hinaus geht es um die Stärkung von Bürgerrechten auf allen Ebenen. Die bestehenden Mitwirkungs-gremien in stationären Einrichtungen, zum Beispiel die Heimbeiräte in Pflegeheimen oder Werkstatt-räte oder Frauenbeauftragte in Behinderteneinrichtungen brauchen mehr Befugnisse. Die örtlichen Seniorenvertretungen und Pflegestützpunkte könnten verpflichtend in Verfahren der erweiterten Unterstützung und deren Kontrolle einbezogen werden. DIE LINKE bleibt dabei: Für uns gilt die UN-Behindertenrechtskonvention auch für Menschen mit Pflegebedarf, von denen immer mehr Betroffene infolge einer Demenzerkrankung unter rechtlicher Betreuung stehen. Die aktuelle Impfkampagne gegen das Corona-Virus stellt hier viele Betroffene und ihre Begleiter*innen vor große Herausforderungen.

Der Kern der Debatte ist das Selbstbestimmungsrecht eingeschränkter Personen und ihr Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebenssituationen. DIE LINKE hat dazu mehr als einen Antrag in den Bundestag eingebracht – siehe z.B: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/147/1914757.pdf>.

In dieser Richtung wird es nun endlich mit der Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechtes Verbesserungen auch für Menschen mit Betreuungsbedarf und ihre Betreuungskräfte geben. Das begrüßen wir, wollen jedoch weitergehende Regelungen erreichen.

Wir wollen die betreuungsvermeidenden Hilfen stärken. Wenn sie ohne Rechtsanspruch bleiben und die Umsetzung auf der Freiwilligkeit der Länder basiert, besteht die Gefahr, dass die Bundesregierung nur Symbolpolitik betreibt. Letztlich muss bundeseinheitlich sichergestellt sein, dass eine angeordnete Betreuung wirklich nur die Ultima Ratio ist und die oberste Zielstellung immer die Vermeidung jedes grundrechts-relevanten Eingriffes ist.



Auch Beratungs- und Beschwerdestellen müssen endlich gesetzlich geregelt werden. Und nicht zuletzt werden mehr speziell qualifizierte Mitarbeiter in der Justiz, in Ämtern und Betreuungsvereinen sowie in den Kranken- und Pflegekassen und allen Versorgungseinrichtungen gebraucht.

In diesem Sinne werden wir das laufende Gesetzesverfahren weiter Im Sinne der Betreuungspersonen und der zu betreuenden Menschen begleiten.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in cursive script, which appears to read 'D. Bartsch'. The signature is written in black ink and is positioned above the printed name.

Dietmar Bartsch